

Jutta Lauth Bacas

Migration und Flucht: Neue Herausforderungen für Griechenland

Griechenland, lange ein klassisches Auswanderungsland, ist seit den frühen 1990er Jahren zu einem Einwanderungsland geworden. Inzwischen steht Griechenland im Mittelpunkt der Fluchtbewegung, bei der immer mehr Menschen aus verschiedenen Konfliktregionen in Europa Schutz suchen. Die Behörden des von der Wirtschaftskrise betroffenen Landes sind dem enormen Ansturm nicht gewachsen. Eine gesamteuropäische Strategie ist dringend geboten. – N. Z.

Im September 2015 ging ein bewegendes Bild durch die europäische und internationale Presse: Ein kleiner Junge lag gleichsam schlafend auf einem idyllischen Sandstrand an der Ägäisküste in Bodrum. Doch das Kind war ertrunken: ein dreijähriger Bootsflüchtling, dessen Eltern den Fassbomben, den Scharfschützen, dem Schrecken des syrischen Bürgerkriegs zu entkommen suchten. Die Flucht des kleinen Aylan Kurdi nach Europa endete tragisch. Sein Foto bestärkte nicht nur die zahlreichen öffentlichen Aufrufe zu vermehrter Solidarität mit syrischen Kriegsflüchtlingen, es signalisierte zugleich einen Wendepunkt in unserer Wahrnehmung der Flüchtlingskrise. Damit veränderte sich auch das Bild, das wir uns vom Umgang mit dem Thema Migration und Flucht in Griechenland machen.¹

Ein neues Bild von Griechenland

Wenn früher von Griechenland und Migration die Rede war, dachten viele zunächst an die Arbeitsmigration aus Griechenland, die sich in den 1960er und 1970er Jahren in Richtung Deutschland, Belgien, in kleinerem Umfang auch in die Schweiz vollzogen hatte. Zu Beginn der 1990er Jahre, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Öffnung der Grenzen in Südosteuropa, begann eine neue und unvorhergesehene Entwicklung: aus dem Auswanderungsland wurde ein Einwanderungsland. Mehr als eine Million Menschen wanderte seitdem nach Griechenland ein; innerhalb von zwei Dekaden wuchs der Ausländeranteil in Hellas von knapp einem Prozent auf neun Prozent.

In dieser jüngeren und jüngsten Migrationsgeschichte Griechenlands lassen sich verschiedene Perioden mit unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen unterscheiden. Die Einwanderung der 1990er Jahre betraf vor allem Migranten und Migrantinnen aus postsozialistischen Staaten wie Albanien, Bulgarien, Rumänien oder den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die problematische wirtschaftliche Lage in diesen Ländern war der Hauptgrund für diese Wanderungsbewegung.

Seit 2001 führten die sich ausweitenden militärischen Konflikte im Mittleren Osten, in Afrika und Afghanistan zu einer weiteren, anders motivierten Zuwanderungsbewegung. Bürgerkrieg und Krieg im Nahen und Mittleren Osten brachten zehntausende von Krisenflüchtlingen aus außereuropäischen Ländern nach Hellas. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung wurde im Jahr 2015 erreicht: von Januar bis Anfang Dezember flüchteten mehr als 726 000 Menschen nach Griechenland, die sich vor Bomben, Gewalt, körperlicher Bedrohung und religiöser Verfolgung in Sicherheit bringen wollten. Für viele dieser Schutzsuchenden war Griechenland keineswegs das Endziel, sondern bloß eine Durchgangsstation auf ihrer Reise nach Westeuropa. Das

krisengeschüttelte Land, das selber mit den Folgen einer sechsjährigen Rezession zu kämpfen hat, wäre zur Zeit gar nicht in der Lage, die vielen Kriegsflüchtlinge – vor allem aus Syrien, aber auch aus Afghanistan und dem Irak – dauerhaft aufzunehmen und wirtschaftlich zu integrieren. Trotzdem brachte die lokale Bevölkerung in den Ankunfts- und Durchreiseorten viel Verständnis für die Not der Flüchtlinge auf, unter ihnen zahlreiche Familien mit kleinen Kindern, auch schwangere Frauen, kranke und alte Menschen. Einfache Dorfbewohner versorgten die Geflüchteten mit dem Nötigsten für die Weiterreise.

Der folgende Beitrag will zeigen, dass das Land an der südöstlichen Peripherie Europas in Hinblick auf die gegenwärtigen Flucht- und Migrationsbewegungen sowohl von internationalen Konflikten und Migrationsströmen als auch von zwei europäischen Problemlagen unmittelbar betroffen ist: von der Staatsfinanz- und Eurokrise einerseits, von der Fluchtmigration nach Europa andererseits. Ihre Bewältigung kann nur eine gesamteuropäische Aufgabe sein; die griechische Bevölkerung und die Geflüchteten in Griechenland brauchen deshalb unsere Solidarität.

Arbeitsmigration nach Griechenland

Im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten befand sich Griechenland zu Beginn der 1990er Jahre mit dem damals höchsten Pro-Kopf-Einkommen in Südosteuropa in einer wirtschaftlich noch deutlich besseren Lage. Dies führte dazu, dass Hellas zum regionalen Magneten für Arbeitssuchende aus Nachbarländern wie Albanien, Bulgarien, Rumänien und anderen postsozialistischen Ländern wurde, in denen die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und schwindenden Beschäftigungsmöglichkeiten geführt hatten.

Besonders in den Jahren vor den Olympischen Spielen in Athen (2004) boomte in Griechenland die Bauwirtschaft; auch in der Landwirtschaft und im Tourismussektor waren ausländische Arbeitskräfte gefragt. Das Wachstum der griechischen Wirtschaft um die Jahrtausendwende hatte dazu geführt, dass ausländische Arbeitskräfte auf dem Stellenmarkt unvorhergesehene Chancen erhielten.² Der wirtschaftlichen Integration in den damals noch wachsenden griechischen Arbeitsmarkt folgte eine soziale Integration in dem Sinne, dass viele der Arbeitsmigranten und Migrantinnen aus postsozialistischen Transformationsländern immer mehr an den Strukturen der Einwanderungsgesellschaft teilnahmen: als Mieter, als Konsumenten, als Versicherte. Die griechische Politik nahm diese Entwicklung zur Kenntnis und entschloss sich Ende der 1990er Jahre (nach dem Vorbild anderer südeuropäischer EU-Staaten mit starker Zuwanderung



Flüchtlinge aus Syrien und Irak landen in einem vollkommen überfüllten Boot auf der griechischen Insel Lesbos.
Foto: Wikimedia commons

aus postsozialistischen Ländern), befristete Regularisierungsaktionen für Arbeitsmigranten und Migrantinnen ohne offiziellen Aufenthaltsstatus durchzuführen. Die griechischen Behörden forderten von den Antragsstellern Belege für Beschäftigung und Wohnsitz in den vergangenen zwölf Monaten als Nachweis ihrer gelungenen Integration.

Die Resonanz auf diese Regularisierungsaktionen in den Jahren 1997, 2001 und 2005 war überraschend groß. Dabei zeigte sich, dass die deutliche Mehrheit der ökonomischen Migranten und Migrantinnen aus dem Nachbarland Albanien kam (rund 435 000 Personen oder 70 Prozent der Ausländer mit Bewilligungen nach dem Gesetz 3386/2005). Zuwanderer aus Bulgarien (mit einem hohen Frauenanteil) stellen etwa 5 Prozent der Ausländer in Hellas (rund 35 000 Personen) und aus Rumänien etwa drei Prozent (rund 22 000 Personen).³ Im Vergleich zur großen Gruppe der über 435 000 Albaner und Albanerinnen in Griechenland bilden sie jedoch eher eine Minderheit. Im Rückblick kann ihre Legalisierung sowohl für die Zuwandererfamilien als auch für die Aufnahmegesellschaft als Gewinn eingeschätzt werden. Die akzeptierten ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien – nicht alle Antragsteller waren erfolgreich – erhielten mit einer Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung nicht nur eine bessere Stellung gegenüber Arbeitgebern, Vermietern, Versicherungen, sondern auch gegenüber den staatlichen Behörden. Sie waren vor allem vor einer plötzlichen Abschiebung geschützt. Die „Konversion“ zu legalisierten Zuwanderern und Mitbürgern mit anerkannten Rechten und Pflichten kann gerade am Beispiel der albanischen Migranten und ihrer Familien als Erfolgsgeschichte angesehen werden, die mit der Zuerkennung eines gesicherten Aufenthaltstitels auch zu einer weitergehenden sozialen Integration in die Aufnahmegesellschaft führte.

Flucht nach und durch Griechenland

Die jüngsten Entwicklungen betreffen die Einreise und Aufnahme von irregulären Migranten und Asylsuchenden aus außereuropäischen Ländern. Griechenland ist aufgrund seiner geografischen Lage in besonderer Weise von dem aktuellen Geschehen im Nahen Osten betroffen: Infolge des Kriegs in Syrien und der bewaffneten Konflikte im Irak und in Afghanistan wird die griechisch-türkische Grenze seit 2010 immer wieder zu einer wesentlichen „Einfallstür“ nach Europa. Im vergangenen Jahr 2015 gab es einen unvorhersehbaren Rekord bei den sog. „irregulären“ Einreisen über die grüne Grenze und über die Meeresengen der Ägäis nach Griechenland: Rund 726 000

Krisenflüchtlinge wurden bis Anfang Dezember 2015 in verschiedenen Grenzorten von griechischen Behörden registriert. Die meisten der Ankömmlinge stammen aus umkämpften Kriegsgebieten im Mittleren Osten: Rund 430 000 der angekommenen Personen flohen aus Syrien (oder aus syrischen Flüchtlingslagern in der Türkei); aus Afghanistan stammen 171 000 der bis Ende November 2015 nach Griechenland Geflüchteten; weitere etwa 60 000 Schutzsuchende stammen aus dem Irak.⁴

Die meisten der Geflüchteten wählten den Seeweg über die Ägäis, obwohl die Meerengen zwischen der türkischen Küste und den griechischen Inseln scharf bewacht werden. In den ersten elf Monaten des Jahres 2015 gelang mehr als 540 000 Krisenflüchtlingen die heimliche Einreise mit kleinen Booten über das Meer.⁵ Wie offizielle Stellen bestätigen, sind dies landesweit 13mal mehr irreguläre Ankünfte auf griechischen Grenzinseln als im Jahr zuvor. Von

dieser Entwicklung ist die Insel Lesbos im Nordosten des Ägäis besonders betroffen: Während von Januar bis Ende November 2014 noch 11 349 Krisenflüchtlinge heimlich auf Lesbos landeten, waren es im gleichen Zeitraum 2015 bereits 445 037 Männer, Frauen und Kinder, die vor allem aus Syrien, aus Afghanistan und aus dem Irak geflohen waren.⁶ Damit hat sich in den ersten elf Monaten des Jahres 2015 die Gesamtzahl der irregulären Ankünfte auf Lesbos im Vergleich zum Vorjahr um das Vierzigfache (!) gesteigert. Diese Zahl ist umso eindrucksvoller, wenn man sich vor Augen hält, dass die Insel Lesbos insgesamt nur 86 436 Einwohner und Einwohnerinnen hat. Zusammen mit der enorm gewachsenen Zahl von Ankünften verschlechterten sich auch die Aufnahmestrukturen für die Krisenflüchtlinge: sowohl an der Landesgrenze im Nordosten (in der Evros-Region) als auch auf den Inseln in Nachbarschaft zur Türkei verschlimmerten sich die Verhältnisse, unter denen die Neuankömmlinge versorgt und untergebracht wurden. Die Behörden waren mit der Aufnahme von hunderttausenden von Schutzsuchenden schlichtweg überfordert.

Die Einreise auf dem Seeweg war und ist voller Unwegsamenkeiten und Gefahren. Trotz fehlender Kenntnisse und unzureichender Ausrüstung versuchen Flüchtlinge und Migranten immer wieder, die Meerenge zwischen dem türkischen Festland und der Insel Lesbos mit kleinen Schlauchbooten selbst bei schlechtem Wetter zu überqueren. Immer wieder hat dies auch tragische Folgen: Am 15. März 2013 ereignete sich eines der vielen schweren Bootsunglücke vor Lesbos. Ein voll besetztes Schlauchboot lief bei der versuchten Landung auf Klippen auf und schlug leck; die Insassen stürzten in Meer. Viele der Bootsflüchtlinge trugen keine Schwimmwesten oder konnten nicht schwimmend ans nahe Ufer gelangen. Neun Menschen ertranken, darunter drei kleine Kinder und ihre Eltern: Lujain Hashash (3 Jahre), Abdullah Hashash (6 Jahre), Jinan Hashash (7 Jahre), Fatima Hashash (30 Jahre) und Omar Hashash (40 Jahre). Zum Gedenken an die Opfer dieses schweren Bootsunglücks wurde am 12. Oktober 2013 vom Freiwilligen-Netzwerk *Youth without Borders* eine Gedenktafel auf Lesbos enthüllt.⁷

Alle Bootsflüchtlinge, welche die Überfahrt aus der Türkei erfolgreich geschafft haben, werden (wie in ganz Griechenland) nach dem Aufgreifen durch die Polizei oder die Küstenwache wegen „illegaler Einreise“ erst einmal inhaftiert. Die griechische Gesetzgebung erlaubt es, alle ohne gültige Papiere eingereisten Krisenflüchtlinge mit ihren kleinen Kindern (!) in administrative Verwaltungshaft zu nehmen. So erfolgt die erste Unterbringung

der vielen Neuankömmlinge, die aus Krisengebieten schutzsuchend nach Europa flohen, auf Lesbos in Haftzellen der Polizei in Mytilini, in anderen Polizeistationen der Insel, unter Zeltplanen im Hafen oder in einem stacheldrahtumzäunten Containerlager in der Nähe der Inselhauptstadt. Die Ordnungsbehörden machen dabei keine Ausnahmen: Säuglinge, Kleinkinder und (unbegleitete) Minderjährige wurden genauso in Haft genommen wie schwangere Frauen, Kranke oder Folteropfer.⁸

Das Beispiel der Grenzinsel Lesbos verdeutlicht, dass die Aufnahme von Krisenflüchtlingen in Griechenland zum Teil unter Umständen erfolgt, die degradierend und menschenunwürdig sind. Die Bürokratie und die Verantwortlichen vor Ort versagten völlig, als es im Sommer 2015 darum ging, für zehntausende von Bootsflüchtlingen und Schutzsuchenden eine angemessene Versorgung und Unterbringung zu organisieren. Das Chaos und Wirrwarr bei ihrer Aufnahme auf einer kleinen Grenzinsel widersprach elementaren, menschenrechtlichen Grundsätzen. So erhielten die meisten der zahlreichen Flüchtlingsfamilien, die mit Kind und Kegel auf Lesbos und damit im Bereich der EU angekommen waren, keinerlei Unterstützung durch griechische Behörden und nicht einmal genug zu Essen. Während einerseits die Betreuung von Bootsmigranten durch die Polizei und andere Behörden schlichtweg ausfällt, leisten andererseits zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs direkte humanitäre Hilfe – sie kümmern sich medizinisch, mit Nahrungsmitteln und Kleidung um die vielen Neuankömmlinge. Die Lage vor Ort zeigte im Sommer 2015 demnach ein komplexes Bild bei der Aufnahme von Bootsmigranten: Behördenversagen einerseits, freiwilliges Engagement und enormer zivilgesellschaftlicher Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern andererseits.

Herausforderungen für Griechenland

Wie in ganz Europa ist Migration und Flucht für das „periphere“ Griechenland zur Zeit ein hochaktuelles und brisantes Thema, das das Land vor große Herausforderungen stellt. Wer Griechenland noch als klassisches Auswanderungsland kannte, aus dem westeuropäische Industrieländer seit den 1960er Jahren zahlreiche Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen rekrutierten, sieht sich heute einer ganz anderen Realität gegenüber: Nach der Öffnung des Ostblocks wurde Griechenland zunächst zum Zielland für Arbeitsuchende aus den benachbarten postsozialistischen Staaten. In der Dekade 1991–2001 ließ diese ungeplante Arbeitsmigration den Ausländeranteil stetig ansteigen. Nach zwei Jahrzehnten der Zuwanderung machten Ausländer und Ausländerinnen 2010 mit rund 1,3 Mio. Personen bereits neun Prozent der in Griechenland lebenden Bevölkerung aus. Im Vergleich mit anderen EU-Ländern bedeutet dies einen hohen Anteil an Migranten und Migrantinnen der ersten und zweiten Generation. Infolge dieser Zuwanderung hat sich die griechische Gesellschaft in nur zwei Jahrzehnten grundlegend verändert und letzten Endes eine Integrationsleistung vollbracht, für welche andere westliche Industrieländer mehr als ein halbes Jahrhundert Zeit brauchten.

Eine weitere Zuwanderung begann nach 2001, als in großem Umfang Kriegs- und Krisenflüchtlinge aus außereuropäischen Ländern über die grüne Grenze einreisten. Besonders der dramatische Anstieg der Ankunftsahlen im Jahr 2015 hat deutlich gemacht, dass die griechische Verwaltung im Bereich Asyl und Flucht deutlich überfordert wurde. Kritische Beobachter sehen hier allerdings nicht nur die griechischen Behörden, sondern auch die Europäische Union als Ganze in der Pflicht, mehr Unterstützung zu leisten, da die Staaten der südlichen Peripherie Europas ungleich mehr zu leisten haben als andere Länder.

Wie stark Griechenland belastet ist, zeigen nüchterne Zahlen: Im Jahr 2015 erfolgten rund 80 Prozent der irregulären

Einreisen in die EU über die griechischen Land- und Seegrenzen.⁹ Bei der Aufnahme dieser Menschen, von denen nicht wenige Kriegs- und Krisenflüchtlinge sind, erfüllten die griechischen Behörden aus Überlastung oftmals nicht ihre humanitären und gesetzlichen Verpflichtungen. Die unerwartet hohen Ankünfte von Krisenflüchtlingen im Jahr 2015 führten zu erheblichen Mängeln bei ihrer Registrierung, Unterbringung und Versorgung (kaum Wohnplätze, keinerlei finanzielle Unterstützung in Griechenland). Für griechische Dienststellen besteht somit wegen der teilweise mangelhaften Umsetzung von Rechtsvorschriften und den damit verbundenen Verletzungen von Rechten von Migranten und Asylbewerbern erheblicher Verbesserungsbedarf. Dieser Handlungsbedarf zur verbesserten Versorgung und langfristigen Integration von Krisenflüchtlingen und Asylsuchenden besteht zur Zeit genauso auf europäischer Ebene, weil eine Politik, die Reformen im Asylbereich hinauszögert, im Endeffekt nationalistische Gruppierungen erstarken lassen kann.

Anmerkungen

- 1) Miller Pensiero, Karen: Aylan Kurdi and the Photos That Change History. In: Wall Street Journal, 11.09.2015: <http://www.wsj.com/articles/aylan-kurdi-and-the-photos-that-change-history-1442002594>.
- 2) Lauth Bacas, Jutta: 2012. Griechenland und seine Ausländer: Integration und Exklusion in Zeiten der Krise. In: Südosteuropa 60, 3 (2012), S. 410–432.
- 3) Eurostat Database, Population by sex, age group and citizenship sowie Kasimis, Charalambos: Greece: Illegal Immigration in the Midst of Crisis, <http://www.migrationpolicy.org>.
- 4) European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (Frontex): <http://frontex.europa.eu/news/540-000-migrants-arrived-on-greek-islands-in-the-first-10-months-of-2015-4uH4FJ>.
- 5) <http://frontex.europa.eu/news/710-000-migrants-entered-eu-in-first-nine-months-of-2015-NUiBkk>.
- 6) Greek Ministry of Public Order and Citizens Protection. Statistic Data on illegal immigration: http://www.astynomia.gr/images/stories/2015/statistics15/allodapwn/11_statistics_all_2015_methorio.png.
- 7) Siehe den Bericht (mit Fotos der Gedenktafel) des Netzwerks *Jugendliche ohne Grenzen* unter: <http://planet.jogspace.net/>.
- 8) Lauth Bacas, Jutta: Grey Zones of Illegality: Inhuman Conditions in Receiving Irregular Migrants in Greece. In: Maguire, Mark; Frois, Catarina; Zurawski, Nils (eds.): *The Anthropology of Security: Perspectives from the Frontline of Policing, Counter-Terrorism and Border Control*. London 2014, S. 158–182.
- 9) <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/migratory-routes-map/>.

Jutta Lauth Bacas, Dr. phil., Ethnologin mit Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Migration/ Asyl. Promotion in Zürich (1992); Lehrtätigkeit an Universitäten in der Schweiz und in Deutschland. Mitbegründerin des Mittelmeer-Netzwerks der *European Association of Social Anthropologists*. Von 2004 bis 2012 an der Wissenschaftsakademie Athen in Forschungsprojekten zur irregulären Migration und Flucht nach Griechenland tätig. Zurzeit freiberufliche Ethnologin, in internationalen wissenschaftlichen Gesellschaften aktiv (jutta.lauth.bacas@gmail.com).